

Heinrich Jöckel

Vorsitzender der CDU–Stadtratsfraktion

04.03.2013

(Es gilt das gesprochene Wort)

Haushaltsrede 2013 / 14; 4. März 2013

Anreden,

in der Berichterstattung und den Kommentaren der Lokalpresse zu den diesjährigen Haushaltsberatungen in den Ausschüssen war viel von Frustration und Enttäuschung der Stadtratsmitglieder die Rede. Und in der Tat ist diese Beschreibung der Gemütslage eines kommunalpolitisch Tätigen in unserer Stadt in seiner Grundtendenz richtig. Nach wie vor gilt nämlich, dass die Finanzsituation unserer Stadt desolat ist und somit kaum Gestaltungsspielräume gegeben sind.

Ich denke jedoch, dass sich die Kommunalpolitik mit dieser Analyse allein nicht zufrieden geben darf. Das haben wir in den zurückliegenden Jahren nicht getan und wir werden es auch in Zukunft nicht tun. Die Menschen in unserer Stadt erwarten, dass wir trotz aller bekannten Schwierigkeiten, weiter daran arbeiten und fest halten, das Gesamtgefüge Stadt auf Kurs zu halten und für Ludwigshafen weitergehende Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Dabei macht es Sinn, die Ausgangssituation, das Szenario, das für den heute zu beschließenden Doppelhaushalt maßgebend ist, etwas genauer zu betrachten. Zwar bleibt die Finanzsituation unserer Stadt unverändert extrem angespannt. Es gibt jedoch eindeutige Tendenzen zur Besserung. An folgenden Punkten lässt sich diese Entwicklung fest machen:

1. Der kommunale Entschuldungsfond Rheinland–Pfalz (KEF) ist unter Dach und Fach. Das Land gibt uns ab 2012 für die Dauer von 15 Jahren eine Entschuldungshilfe von 20,6 Millionen Euro jährlich. Wir leisten hierzu pro Jahr einen Eigenbeitrag von 10,3 Millionen Euro. Damit steht erstmals

ein von Land und Kommune getragenes Instrument zur Verfügung, die Verschuldung bis 2026 echt abzubauen.

2. Die Enquetekommission "Kommunale Finanzen" des Landestages hat Eckwerte für eine Reform der Kommunalfinanzen in unserem Land vorgelegt. Inwieweit der von der Rot-Grünen Mehrheit getragene Entwurf noch Änderungen erfahren wird, bleibt abzuwarten. Für Ludwigshafen wurde – so die Presseveröffentlichungen vor wenigen Tagen – eine zusätzliche Zuweisung von 12,2 Millionen Euro für 2014 und für 2015 18,2 Millionen Euro angekündigt. Ob diese zusätzliche Zahlung ausreicht, um der Sonderrolle unserer Stadt gerade im Hinblick auf die auf unserem Etat lastenden Sozialausgaben gerecht zu werden, muss bezweifelt werden. Unklar ist im Übrigen, mit welchen gesetzlichen und sonstigen Auflagen für die Kommunen diese Neuregelung des Finanzausgleichs verbunden ist. Denkbar ist, dass die Gemeinden gesetzlich dazu verpflichtet werden, das Einnahmepotenzial auf der Grundlage bundesweiter Vergleichswerte voll auszuschöpfen. Im Klartext: Der Preis für die zusätzliche Zuweisung könnten Steuer- und Abgabenerhöhungen sein, die uns der Landesgesetzgeber aufnötigt.

3. Es mag ungewöhnlich klingen: Aber positiv ist auch, dass die für 2013 und 2014 geplanten Fehlbeträge geringer ausfallen, als bis vor kurzem noch prognostiziert. Hier schlagen die Sparbemühungen und Konsolidierungsmaßnahmen der letzten Jahre durch. Und wir profitieren auch von der alles im allem guten allgemeinen Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in unserem Land.

4. Derzeit spricht alles dafür, dass die deutsche Wirtschaft auch 2013 besser abschneidet, als viele andere Volkswirtschaften im Euroraum und weltweit. Waren die Konjunkturaussichten Ende des vierten Quartals 2012 noch eingetrübt, sind die Umfrageergebnisse im ersten Quartal 2013 wieder deutlich aufgeheitert.

5. Der Bund entlastet die Kommunen. So werden die Gemeinden schrittweise von den Kosten für die Grundsicherung im Alter entlastet – in der Endstufe sind dies für unsere Stadt 11,1 Millionen Euro jährlich weniger an Ausgaben. Weitere Entlastungen hat der Bund konkret für den Bereich der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen fest zugesagt und wird ein entsprechendes Gesetz auf den Weg bringen.

Zu den Punkten, die negativ die Finanzsituation beeinträchtigen, zählen insbesondere

1. Nach wie vor ist das Konnexitätsprinzip nur unzureichend und wenn überhaupt in Ansätzen umgesetzt. „Wer bestellt – bezahlt“ – diese Forderung wird mittlerweile einhellig von allen Akteuren auf allen kommunalen Ebenen erhoben. Sämtliche Sozialausgaben der Dezernate 3 und 5 in unserer Stadt sind durch Bundes- und Landesgesetze verursacht. Nach und nach muss daher in allen diesen Bereichen das Konnexitätsprinzip umgesetzt und ein umfassender finanzieller Ausgleich geschaffen werden. So kann es zum Beispiel nicht sein, dass die Stadt weiterhin das Defizit bei der Schülerbeförderung in Höhe von ca. 240.000 Euro oder bei der Schulbuchausleihe von über 65.000 Euro pro Jahr trägt. Nach wie vor gilt, dass wir im Wesentlichen aus diesen Bereichen herrührend ein strukturelles Defizit in unserem Haushalt haben. Je nach Sicht- und Rechenweise beträgt dieses strukturelle Defizit 80 oder gar 100 Millionen Euro im Jahr.
 2. Die konjunkturelle Situation in Deutschland und in Europa ist sehr fragil. Die Unsicherheiten in Sachen Euro und der Bewältigung der Staatshaushaltskrise in den Problemländern kann sehr schnell auf unsere Wirtschaft negativ durchschlagen.
 3. Noch bewegen sich die Kreditzinsen in Deutschland auf absolutem Rekordtiefniveau. Auch dies kann sich schnell ändern. Höhere Zinssätze würden zu höheren Kreditkosten führen und unmittelbar auf unseren Haushalt durchschlagen.
 4. Unzureichend ist, ungeachtet der aktuellen Reformbemühungen, die Unterstützung einzelner teilweise schon sehr lange in der Planung befindlicher Projekte durch das Land. Beispielhaft erwähne ich hier nur die Sanierung des Willersinn Freibades, die nun endlich kommt. Der Landeszuschuss in Höhe von 1,8 Millionen Euro bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. Mit den 5,8 Millionen Euro, die insgesamt hier in den nächsten zwei Jahren ausgegeben werden, kann nur ein eingeschränktes Sanierungsprogramm umgesetzt werden. So kann der wichtige Umkleide- und Sanitärbereich des Bades nicht in Angriff genommen werden – um für Nutzer aus der Stadt und auch der Region weiter interessant zu sein, eigentlich ein Unding und auch unmöglich.
- Hinzu kommen
5. Langwierige Genehmigungsverfahren, die schnell wahrnehmbare sichtbare Investitionen verhindern. Teilweise leisten wir uns eine für Außenstehende nicht nachzuvollziehende und

absolut inakzeptable Genehmigungsbürokratie. So hat es zum Beispiel bei den Projekten Stadtbibliothek und Willersinn Freibad sage und schreibe zwei Jahre bis zur Entscheidung über die Förderung seitens des Landes gebraucht. Diese zwei Jahre umfassen lediglich den Zeitraum von Einreichung des vorabgestimmten Förderantrages bis zur endgültigen Entscheidung. Allein die baufachlichen Prüfungen der Struktur- und Genehmigungsdirektion, auf die sich dann wiederum das Ministerium beruft, brauchen mittlerweile Monate. Früher waren dies wenige Wochen. Bei jedem Schulprojekt rechnet die Schulverwaltung und das Gebäudemanagement mittlerweile mit einem Vorlauf von mehr als einem Jahr bis der endgültige Förderbescheid ergeht. Besonders drastisch aufwendig ist der Zeitaufwand bei der Genehmigung von Maßnahmen, die im Finanzhaushalt veranschlagt sind. Hier steht jede Maßnahme größer als 100 000 Euro unter dem Vorbehalt der nochmaligen Einzelfallprüfung durch die ADD, also dem Land – wohlgermerkt trotz erfolgter Haushaltsgenehmigung – danach schließt sich ein weiteres Abstimmungsverfahren zwischen Infrastruktur-, Wirtschafts- und Finanzministerium in Mainz an.

Diese Verfahren führen zu keinerlei Planungs- und Entscheidungssicherheit bei Rat und Verwaltung. Sie sind schlechthin der Tod der kommunalen Selbstverwaltung und fördern Intransparenz und Frust. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Verwaltung auf, im Rahmen ihrer Berichtspflicht gegenüber dem Rat regelmäßig über den Stand der einschlägigen Verfahren zu unterrichten. Ansonsten verliert man jeden Überblick. Schon heute gibt es eine Vielzahl von Projekten, die in dieser schier unendlichen Genehmigungs-Pipeline stecken, ohne dass der Rat den vollständigen Überblick hätte. Dies kann und darf so nicht bleiben.

Vor diesem Hintergrund stelle ich für die CDU-Stadtratsfraktion fest: Dieser Doppelhaushalt setzt im Rahmen des Möglichen die richtigen Schwerpunkte. Er steht in der Kontinuität der Haushalte der Vorjahre.

Für uns ist wichtig: Wir halten die Höhe der Abgaben- und Steuersätze stabil. Dem Antrag der Grünen im Rat zur heutigen Sitzung, die Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte zu erhöhen, erteilen wir eine entschiedene Absage. Eine derartige Erhöhung wäre im Hinblick auf die Stabilität und Verlässlichkeit der Einnahmen für die nächsten Jahre geradezu kontraproduktiv. Eine Erhöhung würde neben dem größten Steuerzahler die vielen mittelständischen Firmen in unserer Stadt, die Gewerbesteuer zahlen, empfindlich treffen – und dies in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. Der Antrag der Grünen im Rat leidet darüber hinaus an einem Konstruktionsfehler. So sollen – ginge es nach den Grünen – die Mehreinnahmen infolge einer Erhöhung eingesetzt werden um mehrere grüne Herzblutprojekte zu finanzieren. Die Grünenfraktion gaukelt damit eine Haushaltsnormalität vor

die so nicht gegeben ist. Die Grünen handeln gemäß dem Motto: Was kümmert uns das Haushaltsdefizit. Wir wollen einfach nicht sparen. Wir machen einfach unser grün ideologisches Ding. Ich kann nur sagen: Mit uns nicht. Wir halten unseren Kurs. Unseren Kurs der Verlässlichkeit. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist mit uns aktuell, vor allem mit dieser Zielsetzung nicht zu machen.

Wir setzen weiter einen Schwerpunkt im Bereich Jugend und Bildung. Das Programm zum Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige in den Kindertagesstätten in unserer Stadt wird konsequent umgesetzt. In den vergangenen Jahren haben wir einschließlich der Ansätze für 2013 und 2014 hier insgesamt 69 Millionen Euro an Investitionen veranschlagt. Erfreulich ist, dass hier auch die freien Träger mit im Boot sind. Dazu trägt zum einen die Förderung durch die Stadt, zum anderen vor allem aber das mit der GAG geschnürte Paket auf Erbpachtbasis bei.

An dieser Stelle danke ich allen Beteiligten, dass diese Kooperation zustande kam. Das Engagement der GAG entlastet die Stadt außerordentlich. Alles in allem können wir davon ausgehen, dass wir den Rechtsanspruch für Ein- bis Dreijährige ab August 2013 auf der Basis einer kalkulierten Bedarfsquote von 35 % erfüllen werden können. Ludwigshafen ist damit Spitzenreiter unter den Großstädten in Rheinland-Pfalz – ein, wie ich finde, schöner und bemerkenswerter Erfolg. Ludwigshafen macht Ernst mit der Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie, Ehe und Beruf.

Fortgesetzt wird auch das Schulsanierungsprogramm. Für diesen Bereich stehen 2013 11,5 Millionen Euro und 2014 5,5 Millionen Euro bereit. In diesem Zusammenhang steht auch die Stadtbibliothek, die meist frequentierte Bildungseinrichtung in unserer Stadt. Deren Sanierung soll im Spätjahr 2013 – endlich – beginnen.

In 2013 und 2014 bleiben die freiwilligen Leistungen nahezu unverändert. Sie machen über alles gerechnet in unserer Stadt einen Gesamtbetrag von 44 Millionen Euro im Jahr aus. Der Zuschussbedarf, also der originär von der Stadt zu finanzierende Anteil beträgt sowohl 2013 als auch 2014 ca. 30 Millionen Euro. Alles in allem machen die freiwilligen Leistungen etwa 9 % der Gesamtausgaben in unserem Haushalt aus. Diese freiwilligen Leistungen sind für uns über alle Bereiche gesehen unverzichtbar. Weitere Kürzungen, wie vom Land immer wieder im Rahmen der Haushaltsgenehmigung angedeutet, sind mit uns politisch nicht zu machen. Eine Stadtgesellschaft lebt vom Engagement vieler Einrichtungen und Menschen, besonders der vielen ehrenamtlich Tätigen, die sich in den Bereichen Soziales, Sport, Jugend und Kinder sowie Kultur einbringen. Diese Lebensadern unserer Stadt müssen auch weiterhin pulsieren. Hier gibt es mit uns keine weiteren

Einschnitte und Kürzungen. Dies gilt auch für die Zuschüsse an Vereine und Institutionen in all den vorgenannten Bereichen. Diese bleiben auch in den nächsten beiden Jahren unverändert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ludwigshafen hat in den Städte-Rankings der letzten Jahre kontinuierlich Boden gut gemacht. Dies gilt insbesondere bezüglich Wertungskriterien wie "Abgaben- und Steuerhöhe", "Wirtschaftsfreundlichkeit" und "Sparbemühungen der Verwaltung", um nur einige zu nennen.

Allerdings müssen wir darauf achten, hier nicht wieder in Rückstand zu geraten. Besonders die Attraktivität als Wohnstandort müssen wir weiter zumindest auf dem erreichten Niveau halten oder besser noch steigern. Gebiete wie die Parkinsel am Luitpoldhafen und das Rheinufer Süd haben sich hervorragend entwickelt und werden sich weiter gut entwickeln. Zur weiteren Abrundung des Wohnraumangebots zählen wir die jetzt geplante und von uns initiierte Arrondierung des Neubruchs in Rheingönheim um das Gebiet "Im Sommerfeld".

Höchste Aufmerksamkeit müssen wir daneben der weiteren Entwicklung des Wohngebietes Melm widmen. Die letzten Wochen und Monate haben deutlich gemacht, wo hier Defizite sind und welche Fehlentwicklungen die Bewohner dieses Gebietes zu Recht beklagen. Zu den Punkten, die hier zeitnah angegangen und umgesetzt werden müssen, zählen wir insbesondere:

Die Ansiedlung eines Nahversorger- Lebensmittelmarktes in dem Gebiet in der Rosenwörth- / Ecke Sudetenstraße. Wir sind zuversichtlich, dass der Bau dieses Marktes und die Inbetriebnahme in den nächsten Monaten realisiert werden kann.

Des Weiteren muss die Zufahrt über die Großpart- und Sudetenstraße in das Gebiet verbessert werden. Mittel, um hier den ersten Abschnitt planen und verbessern zu können, sind in den Doppel-Haushalt eingestellt. Mittel- und langfristig muss hier auch die direkte Anbindung an den Verkehrsknoten Stern- / Industriestraße Höhe Froschlache ins Auge gefasst werden.

Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Lebenssituation in diesem Gebiet ist für uns die Anlage eines Radweges, der das Gebiet im Norden mit dem Zinkig verbindet. Viele Jugendliche, die in dem Gebiet wohnen, besuchen Schulen in Edigheim. Sie nutzen bislang nur unzureichend ausgebaute Wirtschafts- und Feldwege um mit dem Fahrrad in die nördlichen Stadtteile zu gelangen.

Ein befestigter Radweg – Investitionsvolumen gerade mal ca. 200.000 € – wäre hier eine echte Verbesserung – auch für andere Nutzer dieser Radwegeverbindung. Mittel werden hierfür in dem Haushalt bereit gestellt.

Die Menschen im Wohngebiet Melm hoffen auf diese Verbesserung der Qualität in ihrer näheren Lebensumgebung. Auch um weiter das Gebiet für Bauwillige interessant zu halten, müssen wir hier unbedingt am Ball bleiben.

In der Öffentlichkeit viel diskutiert wurde in jüngerer Vergangenheit auch die Situation und Entwicklung der Innenstadt. Die Diskussion bezog ich insbesondere auf die Entwicklung im Gastronomiebereich. Für die CDU-Fraktion möchte ich feststellen:

Die Entscheidung für die ECE-Rheingalerie war richtig. Die ECE-Rheingalerie hat den Prozess der Kompaktierung der Innenstadt, wie er von den Fachleuten uns vorhergesagt wurde, in Gang gesetzt. Die Konzeption, die Bahnhofstrasse als Gastronomiemeile aufzuwerten und zu stärken, stimmt im Grundsatz. Beleg dafür sind die erfolgreichen Gastronomiebetriebe in dieser Straße, über die naturgemäß weniger gesprochen und in der Presse geschrieben wird.

Die leider in diesem Bereich zu verzeichnenden Misserfolge der jüngeren Vergangenheit hatten vielfältige, meist individuelle Ursachen. Auch unternehmerisches Unvermögen spielte hier eine Rolle.

Kritisch möchte ich mich auch zu dem Verhalten von Hauseigentümern und Geschäftsbetrieben in viele Bereichen unserer Innenstadt äußern. Bei genauem Hinsehen stellt man fest, dass einige Eigentümer und Einzelhändler die Möglichkeiten und steuerlichen Anreize aufgegriffen haben und einzelne Objekte deutlich aufwerteten.

Viele andere lassen dem gegenüber die Chancen liegen, beziehungsweise ungenützt vorüberziehen. Einzelne Objekte bieten sich geradezu für eine gestalterische Aufwertung an. Dies gilt auch für so manches Einzelhandelsgeschäft, das einen Zuschnitt und eine Ausrichtung aufweist, die einfach den aktuellen Kundenbedürfnissen nicht mehr entsprechen. Die Rahmenbedingungen hierzu haben wir von Seiten der Verwaltung und der Politik in unserer Stadt in der Vergangenheit geschaffen. Die Akteure in der Innenstadt sind selbst aufgefordert, hier mehr Initiative zu entwickeln. Ausschließlich sich auf unrealistisch hohe Rendite – und Gewinnerwartungen zu konzentrieren, ist in soweit nicht ausreichend, sondern verdient allenfalls das Prädikat mangelhaft. Unseren Kurs, die Innenstadt mit

flankierenden Maßnahmen zu unterstützen, setzen wir auch 2013 und 2014 fort. Mit der so genannten Ministermillion kommt die Sanierung des Bürgerhofes zu einer den aktuellen Gegebenheiten angemessenen Variante.

Zur Verwendung der EFRE – Mittel haben die Fraktionen von SPD und CDU vor der Sommerpause im letzten Jahr einen Maßnahmen- und Prioritätenkatalog eingebracht und beschlossen. Dieser Katalog muss weiter mit den Entscheidungsträgern im Mainz und Brüssel diskutiert und ausverhandelt werden. Wir hoffen, dass möglichst viele dieser einzelnen Maßnahmen aus dieser Aufstellung in den nächsten zwei Jahren angegangen werden können.

Eine wichtige Weichenstellung müssen wir zeitnah für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in unserer Stadt stellen. Die TWL sind nicht mehr in der Lage, die gesamte Last des sogenannten Querverbundes zu stemmen. Wir müssen hier ein tragfähiges finanzierbares Konzept finden, um einen zukunftsfähigen ÖPNV zu sichern.

Sie alle haben in diesem Zusammenhang die Schlagzeilen in der Lokalpresse zur aktuellen Situation der TWL gelesen. Ich kann hier nur sagen, dass die angestrebte Umorganisation dringend notwendig ist. Der Vorstand der TWL hat hier unser volles Vertrauen. Der Stellenabbau soll so sozialverträglich wie möglich vollzogen werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind für uns nach wie vor tabu. Weitere Maßnahmen und Schritte müssen kurzfristig eingeleitet werden. Wir wollen für die TWL und ihre Mitarbeiter eine sichere und verlässliche Zukunft.

Das bedeutendste Projekt für unsere Stadt ist in den nächsten Jahren die Sanierung der Hochstraße Nord und die Entwicklung der City West. Die bisherige Diskussion hat gezeigt, dass dieses Vorhaben sehr komplex, sehr vielfältig und sehr kompliziert ist. Die Kosten für die Sanierung werden derzeit auf 200 Millionen Euro gesetzt – Tendenz weiter steigend. Die Dimensionen des Vorhabens sind einmalig in Rheinland Pfalz. Die Frage, ob ebenerdig oder weiter aufgestellt in der Hochlage ist nur eine von vielen, die in den nächsten Monaten beantwortet werden muss. Die CDU ist in dieser Frage nach wie vor vollkommen offen und auf keine Lösung oder auf irgendein Modell festgelegt. Im Gegenteil: Die Kostenfrage und damit einhergehend die Frage der Finanzierung zwingen dazu, das gesamte Thema möglichst breit und ohne Vorfestlegungen zu diskutieren. Möglicherweise müssen wir auch über Konzepte nachdenken, die über den bislang aufgezeigten Vorstellungshorizont hinausgehen. In jedem Fall muss für die Sanierung und einer möglichen Entwicklung „City West“ ein

Gesamtkonzept entwickelt werden, das für unsere Stadt unter dem Strich in jeder Hinsicht die bestmögliche Fortentwicklung bedeutet.

Abschließend danke ich, der Oberbürgermeisterin, den Dezernenten und allen Mitarbeitern die in der Verwaltung an der Erstellung dieses Doppel-Haushalts mitgewirkt haben. Unser besonderer Dank gilt dem Kämmerer Dieter Feid und seinen Mitarbeitern. Die CDU-Fraktion trägt diesen Doppel-Haushalt mit. Wir hoffen, dass ein Doppel-Haushalt die Verwaltung in die Lage versetzt, zeitnaher und transparenter beschlossene und politisch gewollte Vorhaben umzusetzen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde deutlich, dass sich alle Fraktionen zusätzliche Erläuterungen und Informationen zu dem Zahlenwerk, insbesondere in den politischen Sachbereichen wünschen. Andere für die politische Diskussion weniger wichtige Zahlen und Informationen könnten demgegenüber gestrichen werden. Die Verwaltung ist aufgefordert in diesem Sinne das Verfahren der Haushaltserstellung und -beratung fortzuentwickeln. Wir sind bereit, uns in diesen Prozess entsprechend einzubringen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.